

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Abkürzungsverzeichnis.....	XIII
Einleitung.....	1
Teil 1: Handlungsbedarf und derzeitige Maßnahmen zur Reduzierung der Bodenbelastungen	5
A. Ausgangslage	5
I. Problemlage	5
1 Ausmaße der Flächeninanspruchnahme.....	6
2. Gegenwärtiger Stand im Bereich der qualitativen Bodenbelastungen	9
3. Kostenfolgen von Bodeninanspruchnahme und Bodenkontamination	12
II. Rechtliche Rahmenbedingungen und Grundsätze	13
1. Vorsorgemaßnahmen nach § 7 BBodSchG	16
2. Überblick zur Bodennachsorge nach dem BBodSchG	19
3. Gemeinschaftsrechtliche Regelungen	20
B. Maßnahmen der Flächenerhaltung.....	23
I. Relevanz einer Entsiegelungsverordnung nach § 5 BBodSchG	24
II. Reduzierung der Flächeninanspruchnahme durch planerische Maßnahmen	28
III. Erhaltung und Wiedernutzbarmachung von Flächen im Rahmen der naturschutzrechtlichen und der städtebaurechtlichen Eingriffsregelung	31
1. Inhalt der naturschutzrechtlichen Ausgleichsregelung.....	31
2. Flächenmanagement durch Flächenpools (Ökokonten).....	34
a) Flächenpools bzw. Ökokonten unter den Voraussetzungen der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung	34
b) Flächenpools (Ökokonten) im Bereich der Bauleitplanung.....	35
c) Das Modell Ökokonto in der Praxis	36

d) Der Handel mit Ökopunkten auf der Grundlage des BNatSchG.....	38
3. Kostenentstehung und Refinanzierung bei Kompensationsmaßnahmen	42
a) Bewertung der Eingriffsmaßnahmen	42
b) Aufwendungen des Vorhabenträgers für die Kompensation	43
c) Refinanzierung des Ökokontos in der Bauleitplanung.....	45
IV. Exkurs: Die Wiedereingliederung von Flächen im Rahmen des Flächenrecyclings.....	47
V. Ergebnis	51
C. Maßnahmen zum nachsorgenden qualitativen Bodenschutz	52
I. Störerkreis.....	53
II. Umfang der Sanierungspflichten	55
1. Begrenzung der Zustandsverantwortlichkeit.....	56
2. Maßstäbe für die sonstigen Störerguppen.....	59
III. Das Instrument der Sanierungsplanung	62
IV. Die Kostenverteilung der Sanierungsmaßnahmen.....	66
1. Kostentragung	66
2. Wertausgleich	68
3. Haftung bei der Überplanung von Altlasten.....	70
D. Kooperatives Verwaltungshandeln zugunsten des Bodenschutzes	74
I. Städtebaulicher Vertrag.....	74
II. Sanierungsvertrag	76
III. „Bündnis zum Flächensparen“ in Bayern und Baden-Württemberg.....	80
E. Ergebnis zu Teil 1	81
Teil 2: Abgaben als Anreizinstrumente zum Bodenschutz.....	83
A. Abgaben zum Bodenschutz.....	83
I. Überblick über diskutierte bodenrelevante Abgaben.....	85
II. Finanzverfassungsrechtliche Rahmenbedingungen.....	86
1. Kompetenzrechtliche Besonderheiten.....	86
2. Wirkungen der Lenkungssteuer.....	89
3. Prinzip der steuerlichen Lastengleichheit	92
B. Anreizmöglichkeiten der Grundsteuer für einen sorgsamen Umgang mit dem Boden	93

I.	Die Grundsteuer und ihr Verhältnis zum Bodenschutz.....	93
1.	Struktur der Grundsteuer.....	94
2.	Verfahren zur Veranlagung und Erhebung der Grundsteuer	96
3.	Besonderheiten des Bewertungsverfahrens	97
4.	Notwendigkeit einer Grundsteuerreform	100
II.	Modelle für eine Grundsteuer neuer Art	104
1.	Wieder - Einführung der Grundsteuer C?	107
2.	Modell einer Flächennutzungssteuer.....	109
3.	Modell einer reinen Bodenwertsteuer	114
4.	Modell einer kombinierten Bodenwert- und Grundstücksflächensteuer	118
5.	Vorschläge im Rahmen der Finanzministerkonferenz (FMK)	121
a)	Modell der Flächensteuer	121
b)	Modell einer Boden- und Gebäudewertsteuer	122
c)	Reformvorschlag der Länder Bayern und Rheinland-Pfalz zum Modell einer Boden- und Gebäudewertsteuer	125
d)	Verkehrswertmodell der Länder Bremen, Berlin, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Sachsen	128
6.	Äquivalenzorientierte Reformvorschläge	131
a)	Reformvorschlag der Länder Baden-Württemberg, Bayern und Hessen	131
b)	Planungswertausgleich	133
c)	Zoniertes Satzungsrecht.....	133
7.	Gebäudewertunabhängiges Kombinationsmodell.....	135
III.	Ergebnis	137
C.	Umgestaltung der Grunderwerbssteuer in eine Neuversiegelungssteuer.....	138
I.	Struktur der Grunderwerbssteuer.....	138
II.	Ausrichtung der Grunderwerbssteuer in eine Neuversiegelungssteuer	141
D.	Die Einsatzmöglichkeiten von Gebühren und Beiträgen für den Bodenschutz	143
I.	Verfassungsrechtliche Voraussetzungen der Erhebung von Gebühren und Beiträgen	144
1.	Überblick über die finanzverfassungsrechtlichen Maßstäbe bei der Gebühren- und Beitragserhebung.....	144

2. Bemessungsprinzipien.....	146
a) Äquivalenzprinzip.....	146
b) Kostendeckungsprinzip.....	147
3. Gebühren- und Beitragszwecke	148
II. Verleihungs- und Ressourcennutzungsgebühren und ihre Anwendbarkeit für den Bodenschutz.....	149
1. Die Struktur der Verleihungsgebühr.....	150
2. Die Verleihungsgebühr bei Inanspruchnahme unversiegelter Flächen	151
3. Besonderheiten der Ressourcennutzungsgebühr und ihre Anwendbarkeit auf den Boden	155
III. Die geteilte Kanalbenutzungsgebühr (Abwassergebühr) und ihr Einfluss auf die Flächenentsiegelung	157
IV. Abfallgebühren und ihre Eignung für die Bodensanierung.....	160
V. Das Lizenzentgelt Nordrhein-Westfalens	163
1. Kompetenzrechtliche Bewertung	164
2. Vereinbarkeit der Lizenzpflicht mit den Grundrechten	166
VI. Gebührenumlage von Wasser- und Bodenverbänden	170
VII. Ergebnis	174
E. Umweltsonderabgaben im Bodenschutzrecht.....	175
I. Verfassungsrechtliche Voraussetzungen zur Erhebung von Sonderabgaben unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des BVerfG.....	177
II. Die Verwaltung von Sonderabgaben in Fonds.....	181
Grundlagen der Fondsverwaltung.....	182
III. Sonderabgaben im Bereich der Bodenvorsorge und des Sanierungsrechts.....	184
1. „Sonderabfallabgaben“	184
a) Abfallabgabe als Sonderabgabe.....	185
b) Widerspruch zum bundesrechtlichen Kooperationsprinzip	187
c) Auswirkungen der Entscheidung BVerfGE 98, 83 auf die Altlastensanierung.....	189
2. Naturschutzrechtliche Ersatzzahlungen	189
a) Begriff und Inhalt der Ersatzzahlung.....	190
b) Einordnung der naturschutzrechtlichen Ersatzzahlung als Sonderabgabe eigener Art und die an sie zu stellenden Anforderungen	192

c) Naturschutzfonds	197
d) Ergebnis	199
3. Die Erhebung einer Versiegelungsabgabe	199
a) Finanzverfassungsrechtliche Voraussetzungen der Erhebung	200
b) Anwendungsbereich der Neuversiegelungsabgabe	203
c) Höhe der Neuversiegelungsabgabe	205
d) Ergebnis	206
IV. Ergebnis	207
F. Zertifikatslösung – Ergänzung oder Alternative zum Abgaben- und Planungsrecht	208
I. Begriff und Rechtsnatur der Emissionszertifikate	208
1. Rahmenbedingungen für die Emissionszertifikate	209
2. Finanzverfassungsrechtliche Einordnung	210
II. Beurteilung der Umweltzertifikate im Hinblick auf den Boden	213
1. Die Idee der Flächenausweisungsrechte	213
2. Rechtliche Voraussetzungen zur Einführung von Flächenausweisungsrechten	215
a) Eingriff in die Planungshoheit	216
b) Eingriff in die Eigentumsgarantie	219
c) Tangierung des Gleichheitsgrundsatzes	221
3. Anwendbarkeit der Flächenausweisungsrechte in der Praxis	222
4. Die Idee der Versiegelungsrechte	224
a) Zuteilung der Versiegelungsrechte	225
b) Rechtliche Rahmenbedingungen	226
III. Ergebnis	227
G. Schlussfolgerungen und Ausblick	228
Literaturverzeichnis	235
Dokumente und Stellungnahmen	276